

**STEINBRUCH** / Nach der Ablehnung des Berufungsbescheides durch den Umweltsenat wird sich die Stadtgemeinde an den Verwaltungsgerichtshof wenden.

# Gemeinde erhebt Klage

**HAINBURG** / Auf Empfehlung von Rechtsanwalt Dr. Thomas Prader hat sich die Stadtgemeinde Hainburg entschlossen, Klage beim Verwaltungsgerichtshof bezüglich der Causa Pfaffenberg einzubringen.

Zur Vorgeschichte: Im Oktober des Vorjahres hat sich die Stadtgemeinde mit der Bitte, das Vorhaben der Erweiterung einer Bergbauanlage durch die Kiesunion einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu unterziehen, an die Landesregierung gewandt. Die Landesregierung lehnte das



*Umweltgemeinderätin Michaela Edlinger: „Wollen Instanzenzug voll ausschöpfen.“*

Gesuch jedoch ab. Die nächste Instanz, der Umweltsenat, hat die Berufung der Stadtgemeinde ebenfalls abgewiesen. Begründet wurde die Abweisung dadurch, dass für das eingereichte Vorhaben laut UPV-Gesetz 2000 keine

Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig ist. Die Stadtgemeinde möchte sich nicht geschlagen geben und laut Umweltgemeinderätin Michaela Edlinger alle Instanzen ausschöpfen. „Nun bringen wir Klage beim Verwaltungsgerichtshof ein“, so Edlinger. „Wir glauben, dass wir eine gute Position haben“, so Bgm. Raimund Holcik.

Gleichzeitig wird ein Mediationsgespräch zwischen der Stadtgemeinde, der Kiesunion, der Initiative Pfaffenberg und der Umwelthanwaltschaft angestrebt.